A6NEU2 Kapitel 6: Bürgerbeteiligung und Demokratie

Gremium: Vorstand Grüne Oberursel
Beschlussdatum: 10.08.2020

Text

Oberursels Stärke zeigt sich in der hohen Integrationskraft der Bevölkerung und dem vielfältigen Engagement der Menschen für das Gemeinwesen und die soziale Gemeinschaft. Dies zeigt sich insbesondere durch aktive Mitarbeit in Vereinen, bei ehrenamtlicher Tätigkeit für Institutionen oder bei Festen sowie der Übernahme von Patenschaften. Dieses Bürgerengagement ist unabdingbar für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft.

Die moderne Demokratie braucht aber nicht nur Bürgerengagement, sondern auch Bürgermitwirkung und Transparenz. Misstrauen zwischen der Bevölkerung und ihren gewählten Vertretern ist Gift für das Gemeinwesen. Deshalb setzen wir GRÜNEN uns seit jeher für Transparenz, Offenheit sowie erweiterte Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürger*innen ein. Unser Leitbild ist, dass kommunale Entscheidungen überprüf- und nachvollziehbar sind und Bürger*innen hierauf Einfluss nehmen können, indem sie ihre Sachkenntnis, Meinungen und Belange einbringen.

In den letzten zwei Legislaturperioden sind auf GRÜNE Initiative hin schon einige Schritte in Richtung besserer Bürgerbeteiligung gemacht worden. Woran es aber in Oberursel noch fehlt, ist eine von allen Beteiligten getragene Bürgerbeteiligungskultur.

Bürgerbeteiligung muss daher konsequent und mit einem strukturierten und transparenten Verfahren eingesetzt werden, das sicherstellt, dass die Ergebnisse in die Stadtpolitik einfließen. Gleichzeitig muss klar und deutlich sein, wo die Grenzen der Bürgerbeteiligung sind und wo die Verantwortung der gewählten Politiker beginnt.

GRÜNE Politik für mehr Bürgerbeteiligung und Demokratie heißt konkret:

- Einführung einer Bürgerbeteiligungssatzung für eine konsequente, transparente und strukturierte Bürgerbeteiligungskultur.
  Die Satzung soll festschreiben, in welchen Fällen ein Beteiligungsverfahren stattfindet. wer über die Einleitung entscheidet und wie mit den Ergebnissen umgegangen wird.

- Verbesserungen der Einflussmöglichkeiten für Jugendliche durch Einrichtung eines Jugendparlaments.

- Erhalt und Stärkung des Ausländerbeirats.

- Streaming der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung per Video-Aufnahme, damit die Bürger*innen sich möglichst unkompliziert über die Arbeit des Stadtparlaments informieren können.